



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/476

Kiel, den 05.12.2012

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes, Drucksache 18/191

Stellungnahme für den Innen- und Rechtsausschuss

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke im Namen des Landesvorstands der DPoIG für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die DPoIG hat seinerzeit die massiven Verschlechterungen der Mitbestimmung kritisiert. Eine Verkleinerung der Personalratsgremien hat kaum zu Kosteneinsparungen geführt, andererseits jedoch die Rechte von Personalvertretungen erheblich eingeschränkt.

Insofern begrüßen wir die Rücknahme dieser Verschlechterungen ausdrücklich.

Es stellt sich die Frage, ob nach Inkrafttreten des „neuen“ Mitbestimmungsgesetzes dann zeitnah Personalratswahlen erforderlich werden oder ob die derzeitigen Gremien im Zuge von Kontinuität bis zum Ende der ursprünglich vorgesehenen Wahlperiode weiterarbeiten können.

Die DPoIG bevorzugt eine Übergangsregelung bis zum turnusmäßigen Wahltermin, um umfassende Neuwahlen unmittelbar nach Gesetzesänderung zu vermeiden.

Um dem Aspekt, dass durch die kleineren Gremien nicht mehr alle Bereiche einer Dienststelle in der Personalvertretung abgebildet werden, auszugleichen regen wir an, die Möglichkeit von „sachverständigen Personen“ zu prüfen. Hierdurch könnten Nachrücker mit beratender Stimme, aber ohne Stimmrecht, bei Bedarf die Personalvertretungsgremien ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Torsten Gronau', with a long horizontal stroke extending to the right.

Torsten Gronau
Landesvorsitzender